

Ahrensburg, 21.09.22

Antrag auf Vertagung des Beschlusses über die Grundschule Hagen, Vorlage 2023/070, TOP 7 der STVV am 25.09.23

Die WAB beantragt, den Beschluss über Vorlage 2023/070, GS Hagen, zu verschieben bis zum Abschluss der Haushaltsberatungen 2024.

Begründung

Für das Projekt GS Hagen sind im Zuge des 1.NHH 23 8,8 Mio Investitionen und 2,8 Mio Umzugskosten, verteilt über die Jahre 2023-2026, genehmigt worden. Gemäß der aktuellen Beschlussvorlage steigen die Investitionen um 6 Mio auf 14,8 Mio und die Umzugskosten um 1 Mio auf 3,8 Mio. Hinzu kommen 3 Mio bisher nicht geplanter Investitionen in den Altbau. Die geplanten Ausgaben für dieses Projekt steigen also um 10 Mio von 11,6 auf 21,6 Mio. Dies kann ohne Deckung im neuen Haushalt 2024 nicht beschlossen werden.

Im Finanzausschuss berichtete die Verwaltung, dass der aktuelle Haushaltsentwurf 2024 einen Verlust von -15,5 Mio ergibt. Dies bedeutet, dass in unserem Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit die laufenden Ausgaben ohne Investitionen unsere laufenden Einnahmen um ca. 10 Mio übersteigen, was nur durch einmalige Kassenkredite ausgeglichen werden kann. Hinzu kommen 23 Mio neuer Investitionskredite. Wir würden uns also in einem Jahr um 33 Mio Euro verschulden.

In so einer Haushaltskrise müssen wir alle Ausgaben, auch die für Investitionen, auf den Prüfstand stellen und ggf. neue Pläne vereinbaren. Ein „Weiter so“ ist nicht möglich, da die zulässige absolute Obergrenze für Kassenkredite schon Ende 2024 erreicht wäre und somit das Risiko hoch ist, dass wir ab 2025 unsere Pflichtaufgaben nicht mehr erfüllen können. Auch bei Investitionen besteht das Risiko, dass wir ab 2025 fällige Ausgaben nicht leisten können und schlimmstenfalls Projekte abbrechen müssten.

Peter Egan
Fraktionsvorsitzender